

Absender

EINSCHREIBEN  
Betreibungsamt  
Adresse  
PLZ Ort

Ort, Datum

## Betreibung gegen **xxx**

---

**Aberkennung der Rechtswirksamkeit Ihrer sogenannten «Ausfertigung Zahlungsbefehl vom xxx»,  
zugestellt per Einschreiben am xxx (oder) durch Einwurf in den Briefkasten am xxx**

**Aufforderung zum Nachweis der Legitimation für hoheitliche Handlungsbefugnisse des «Betrei-  
bungsamtes xxx» und seiner Funktionäre**

**Ankündigung von Pönalen**

Sehr geehrte(r) Frau xxx (Herr xxx)  
oder Sehr geehrte Damen und Herren

Ich verzichte auf Ihr Angebot, das Sie mir mit rubriziertem Schreiben unterbreitet haben und aber-  
kenne die Rechtswirksamkeit Ihrer sogenannten «Ausfertigung Zahlungsbefehl (anpassen) vom xxx»,  
zugestellt per Einschreiben am Datum (oder) durch Einwurf in den Briefkasten am Datum.

Dies aus folgenden Gründen:

Wie ich zwischenzeitlich zur Kenntnis nehmen musste, erfolgte eine heimliche und illegale Umwand-  
lung des «Betreibungsamtes xxx» in eine gleichnamige Kapitalgesellschaft, resp. Tochtergesellschaft  
oder angegliederte Firmen-Organisationseinheit des (ebenfalls verdeckt und illegal in eine Firma um-  
gewandelten) Kantons xxx sowie der (holdingmässig strukturierten) Muttergesellschaft namens  
«Schweizerische Eidgenossenschaft» mit Sitz im Ausland. Ich mache geltend, dass deshalb jede «Ver-  
fügung» von Funktionären dieser – nur noch vorgeblich hoheitlich legitimierten und lediglich pseudo-  
staatlichen – Institutionen ungültig ist.

Dies trifft auch zu auf die mir von Ihnen am Datum zugestellte, rubrizierte, sogenannte «Ausfertigung  
Zahlungsbefehl vom Datum», zugestellt per Einschreiben am Datum (oder) durch Einwurf in den Brief-  
kasten am Datum.

Ich mache hierzu insbesondere Folgendes geltend:

1. Indem die staatlichen Organe und Instanzen der Schweiz unter Verletzung der Vorgaben für rechtskonforme Firmengründungen heimlich umgewandelt wurden, erfolgte **keine Übertragung der hoheitlichen Befugnisse an diese Firmen**. Mit der illegalen, verdeckten Umwandlung **erloschen diese hoheitlichen Befugnisse gänzlich**.
2. Das heisst, die von Ihnen beanspruchte Befugnis, als «*Betreibungsbeamte*» hoheitliche Entscheide fällen zu können, wurde amtsanmassend nur vorgetäuscht.
3. Mit Ihrer rubrizierten Vorladung, die Sie mir als Funktionär(e) der Firma «*Betreibungsamt xxx*» übermittelt haben, wurde mein verfassungsmässig garantierter Anspruch auf die Einhaltung der Grundrechte bei ALLEN Handlungen ALLER staatlichen Organe und Instanzen elementar verletzt. Gemäss Art. 5 der Bundesverfassung ist Grundlage und Schranke staatlichen Handelns das Recht, und gemäss Art. 9 BV habe ich Anspruch auf Schutz vor Willkür staatlicher Organe und auf die Wahrung von Treu und Glauben.

Insbesondere verlangt das Schweizer Recht, dass 3 Bedingungen bei der Gründung von Kapitalgesellschaften erfüllt sein müssen, die jedoch bei den illegalen Umwandlungen der staatlichen Instanzen und Organe in eine Holdingstruktur (inkl. «*Betreibungsamt xxx*») elementar verletzt wurden:

- a. Entscheid des hierzu befugten Organs (hier: des Volkes): erfolgte nicht!
  - b. Veröffentlichung des Eintrags im Schweizerischen Handelsamtsblatt: erfolgte nicht!
  - c. Veröffentlichung der Handlungsbevollmächtigten mit Datum des Eintritts/Austritts und Angabe der Handlungsbefugnisse: erfolgte nicht!
4. Gemäss Art. 287 StGB wird mit Busse oder Gefängnis bestraft, wer sich in rechtswidriger Absicht die Ausübung eines Amtes oder militärischer Befehlsgewalt anmassst. Die bereits erfolgten, tausendfachen, verdeckten Umwandlungen von staatlichen Institutionen und Organen<sup>1</sup> stellen schwerste Angriffe auf die verfassungsmässige Ordnung dar (Verletzung von Art. 275 StGB). Sie waren und sind «*darauf gerichtet, die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft oder der Kantone rechtswidrig zu stören oder zu ändern*». Entsprechend ist die illegale, verdeckte Umwandlung der staatlichen Organe und Institutionen in (notabene unvollständig gegründete) Kapitalgesellschaften nichts weniger als ein Staatsstreich 'von oben', der offensichtlich sukzessive zur Ausschaltung des gesamten Rechtsstaates führen sollte.
  5. In Anbetracht der Tatsache, dass auch Staatsanwaltschaften, Gerichte, Betreibungsämter, Polizei etc. infolge der verheimlichten Umwandlungen in Kapitalgesellschaften nur noch illegal tätige Firmenkonstrukte sind, hoheitliche Befugnisse aber noch weiterhin vortäuschen, wird die Ahndung dieser Verbrechen erst nach der Rückabwicklung der illegalen Umwandlungen stattfinden.

---

<sup>1</sup> vgl. [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/behoerden\\_mit\\_hr\\_nummern.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/behoerden_mit_hr_nummern.pdf)

Die Aufdeckung ist schon in vollem Gange, und die als Überraschungscoup vorgesehene, offizielle Bekanntmachung, es gebe die Schweiz als Nationalstaat nicht mehr, wird uns nicht wie geplant vor vollendete Tatsachen stellen können. Das perfekte Verbrechen gelingt nicht, denn die Beweise für die geschilderten illegalen Handlungen sind erbracht, die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen und die transparente Rückabwicklung ist unausweichlich.

6. Alle Funktionäre der illegal tätigen Firmen (welche in betrügerischer Absicht gleichlautende Namen wie die vormaligen staatlichen Instanzen und Organe tragen, die einst mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Bestandteile des Rechtsstaats-Systems waren) sind privat haftbar für die begangenen Amtsanmassungen, die gravierende Verletzung von Verfassung und Gesetzen und ihre Mittäterschaft bei der ultimativ beabsichtigten Zerstörung des Rechtsstaates.
7. Sollten Sie wider Erwarten der Meinung sein, die Umwandlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Kantons **xxx** sowie des «*Betreibungsamtes xxx*», in Kapitalgesellschaften gleichen Namens sei rechtmässig erfolgt und die Befugnis zu hoheitlichem Handeln ihrer Firmenfunktionäre sei nicht erloschen, so fordere ich von Ihnen innert 20-Tagesfrist seit Zustellung dieses Schreibens umfassende und beglaubigte schriftliche Auskunft zu folgenden Fragen:
  - a. Sitz und Rechtsform der Firma «*Betreibungsamt xxx*» sowie vollständige Adressen aller Handlungsbevollmächtigten;
  - b. Datum des ersten Handelsregistereintrages des «*Betreibungsamtes xxx*», Handelsregisternummer, UID, Datum der Eintragung der heutigen Rechtsform mit Angabe von Datum und Nummer der Ausgabe des SHAB, in welchem die Publikation ordnungsgemäss erfolgte;
  - c. Angabe der Eintragungsdaten und Nummern der Ausgaben des SHAB, in welcher die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten publiziert wurden;
  - d. Nachweis für die Stammfirma sowie der zwei übergeordneten Mutterfirmen gemäss Positionen 7a-c;
  - e. Eigentümer der Stammfirma des «*Betreibungsamt xxx*», gegebenenfalls der Mutterfirma, der Firma «*Kanton xxx*» und der Firma «*Schweizerische Eidgenossenschaft*»;
  - f. Nachweis der hoheitlichen Legitimation der Funktionäre der Firma «*Betreibungsamt xxx*», mit Angaben darüber, von wem, wie, wofür und wann ihr die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen wurden, lautend auf welchen Staat, mit welcher Eidesformel, sowie wann und von wem die Vereidigung als Beamte durchgeführt wurde;
  - g. Analoger Nachweis für den-/diejenigen, welche(r) den Funktionären der Firma «*Betreibungsamt xxx*» in ihrer heutigen Zusammensetzung die Legitimation zu hoheitlichen Handlungen erteilt hat/haben, insbesondere, von wem, wie, wofür und wann diesen Überträgern «*hoheitlicher Rechte*» (direkt höhere und folgend höhere Rechtsträger) die entsprechenden Befugnisse übertragen wurden, lautend auf welchen Staat und mit welcher Eidesformel, sowie wann und von wem die Vereidigung dieser Rechtsträger als Überträger hoheitlicher Rechte und Pflichten durchgeführt wurde.
  - h. Von sämtlichen aktuellen Funktionären ist mit handschriftlicher Angabe des Datums und ihrer Funktion sowie mit ihrer Original-Unterschrift (Vor- und Nachname) zu bestätigen, dass die Angaben vollständig sind und vollumfänglich der Wahrheit entsprechen.

8. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht in der Lage sein werden, die Rechtmässigkeit der (effektiv illegalen) und verdeckten Umwandlungen gemäss Ziff. 7 zu beweisen. Entsprechend fordere ich Sie auf, mir innert 20 Tagen nach Eingang dieses Schreibens eingeschrieben zu bestätigen, dass Sie Ihre in rubrizierter Sache bisher erfolgten pseudo-hoheitlichen Handlungen – insbesondere die rubrizierte «*Ausfertigung Zahlungsbefehl*» vom Datum – als nichtig erklären, resp. dass diese als gegenstandslos zu betrachten ist und die Firma/Organisationseinheit «*Betreibungsamt xxx*» inskünftig jegliche Tätigkeit im Zusammenhang mit der rubrizierten Angelegenheit wegen fehlender hoheitlicher Handlungslegitimation unterlassen wird.

Weiter ist mir mit diesem Schreiben zu bestätigen, dass die Fristen in der genannten Sache so lange angehalten werden, bis ein in jeder Hinsicht hoheitlich legitimiertes, ordentliches «*Betreibungsamt xxx*» das Verfahren nach Treu und Glauben und rechtskonform durchführt.

9. Zusammenfassend mache ich geltend, dass der Staat über keine legitimierten Verwaltungs- und Justizorgane mehr verfügt, weil die verfassungsmässige Ordnung strafrechtsrelevant (Art. 275 StGB) zerstört wurde.

Ich rüge die elementare Verletzung des Legalitätsprinzips (Art. 5 BV) sowie die Verletzung des Schutzes vor Willkür und der Garantie von Treu und Glauben (Art. 9 BV) durch die geschilderten illegalen Umwandlungen der staatlichen Institutionen – und insbesondere des «*Betreibungsamtes xxx*» in eine illegal tätige Firma, die amtsanmassend und betrügerisch eine hoheitliche Befugnis nur noch vortäuscht.

Entsprechend kann der «*Zahlungsbefehl vom Datum*» so lange nicht erfolgen, bis hierzu hoheitlich legitimierte Behörden/Instanzen unter strikter Einhaltung aller geltenden Rechtsgrundlagen wieder rechtswirksam vereidigt und handlungsfähig sind.

Bis zur Wiederherstellung eines rechtsstaatlich legitimierten Vorgehens und garantierter Einhaltung des Legalitätsprinzips erleide ich Schaden aus amtsanmassend getroffenen Anordnungen. Dies trotz meines wohlverworbenen Anspruchs auf ein rechtskonformes Verfahren. Die Verzögerung meiner Inanspruchnahme hoheitlich legitimer, regulärer Verfahrensgarantien schädigt mich finanziell und es erwächst mir daraus zudem erheblicher Zeit- und Arbeitsaufwand und eine hohe psychische Belastung.

Als Funktionäre der illegal gegründeten Firma «*Betreibungsamt xxx*», welche über keinerlei hoheitliche Entscheidungsbefugnisse verfügt, da solche offensichtlich nie rechtmässig übertragen wurden, sind **Sie privat haftbar für all Ihr Tun und Lassen namens dieser Firma**, insbesondere auch bezüglich der Unterzeichnung von vorgeblichen «*Verfügungen, Zahlungsbefehlen*» etc. sowie bezüglich einer allfälligen Verweigerung der unter Ziff. 7 und 8 geforderten Auskünfte und Bestätigungen und aller durch die geschilderten Umwandlungen verursachten Schädigungen, die sich aus Verfahrensverzögerungen ergeben.

Seit der illegalen Umwandlung gilt gegenüber allen Bewohnern der Schweiz und damit auch mir gegenüber effektiv nur noch das Handelsrecht. Das heisst, es stehen seither alle auf derselben Hierarchiestufe, und **ich muss Ihr Handeln als Angebot im Sinne eines handelsrechtlich verbindlichen Vertrags interpretieren.**

Entsprechend gebe ich Ihnen hiermit meine Vertragsbedingungen (AGBs) bekannt, in welche Sie als vorgebliche «*Betreibungsbeamte*» des «*Betreibungsamtes xxx*» und sämtliche

involvierten «Vorgesetzten» und Angestellten mit jeder weiteren amtsanmassenden Handlung unmittelbar wie folgt eintreten:

### Vertragsbedingungen

- a. Wird meinen Forderungen Ziff. 7 und 8 vollumfänglich entsprochen, so willigen nachstehende Funktionäre ein, mir als pauschale Umtriebsentschädigung und Wiedergutmachung eine Pönale von auschal Fr. 50'000.-<sup>2</sup> bis spätestens Datum zu bezahlen. Dies unter Ausschluss jeglicher Auflagen/Bedingungen und per Saldo aller Ansprüche.
  - (Hier Namen und Funktionen der Funktionäre einzeln aufführen. Z.B. Peter Meier, Leiter Betriebsamt, Stellvertreter Betriebsamt, etc.)
  - (Je nach Organisation können Vorgesetzte des Betriebsamtes in der Gemeinde- oder der Stadtorganisation mit Name und/oder Funktion in die Pflicht genommen werden. Dies ist in den jeweiligen Organigrammen zu recherchieren)
- b. Sollten Sie das rubrizierte Verfahren trotz Ihrer fehlenden hoheitlichen Befugnis wie angekündigt fortsetzen, willigen die nachstehenden Funktionäre ein, eine Pönale von je Fr. 100'000.-<sup>2</sup> pro Handelndem an mich zu bezahlen.
  - (Hier sämtliche Funktionäre gemäss Position 9a auflisten und evtl. weitere involvierte Funktionäre / Mitunterzeichner allfälliger «Verfügungen / Entscheide etc.» namentlich aufführen)
- c. Je länger der illegale Zustand dauert, desto höher wird die Strafzahlung insgesamt, d.h. es beginnt ab dem (Datum wie unter 9a) zusätzlich eine Zeitgebühr (wegen Verzögerung der mir zustehenden rechtsstaatlichen Verfahrensgarantien zu laufen, die erst endet, wenn die Sache von einer hoheitlich legitimierten, staatlichen Instanz rechtskonform entschieden wurde. Die Zeitgebühr pro Kalendertag beträgt Fr. 1000.-<sup>2</sup>.

### Zahlungsbedingungen

- a. Die Pönalen werden mit den entsprechenden Handlungen fällig. Alle genannten Funktionäre haften solidarisch, wobei ich die Rechnung vorerst an das «Betriebsamt xxx» stellen werde. Ich behalte mir vor, auf die einzelnen Angestellten privat Regress zu nehmen.
- b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.
- c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab dem 31. Tag automatisch eine zusätzliche Verzugsgebühr von Fr. 500.-<sup>2</sup> pro Kalendertag fällig.
- d. Es gilt das Bringprinzip. Die Übergabe muss mindestens 14 Tage vorher mit mir abgesprochen werden.

---

<sup>2</sup> Ich behalte mir vor, die Auszahlung der genannten Beträge in Gold gemäss dem heutigen (Datum) Gold-Wechselkurs einzufordern.

Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich bei mir. Alle Rechte vorbehalten. Die Inkennnissetzung des Agenten ist die Inkennnissetzung des Prinzipals und die Inkennnissetzung des Prinzipals ist die Inkennnissetzung des Agenten.

Mit freundlichen Grüssen

Unterschrift